

Interfraktionelles Postulat FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP) vom 14. Januar 2010: Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ!; Fristverlängerung

Nachdem die Motionärinnen Fraktion FDP und GLP Punkt 2 der Motion zurückgezogen und der Stadtrat Punkt 5 in ein Postulat umgewandelt hatte, hat der Stadtrat an der Sitzung vom 18. März 2010 den so bereinigten Vorstoss erheblich erklärt (SRB 170 vom 18. März 2010):

Ehrenamtliche Tätigkeit hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert und eine lange Tradition. In letzter Zeit wurde es aber zunehmend schwieriger engagierte Bürgerinnen und Bürger zu finden, welche auf freiwilliger Basis Leistungen für die Gemeinschaft erbringen. Dieses Phänomen kann schweizweit beobachtet werden und hängt wohl mit der Entwicklung hin zur Organisationsgesellschaft zusammen. Damit ist das heute noch unentwegt anwachsende Angebot an Institutionen, Bürokratien, Anstalten und andern künstlich geschaffenen Strukturen gemeint, denen wir die Lösung der meisten Gegenwartsprobleme anvertrauen können (Geser 2001)¹.

Die Freiwilligenarbeit bildet jedoch die Basis für den wachsenden Anspruch aller Bürger, ausserhalb von institutionellen Bindungen und unbehelligt von Gemeinschaftsbindungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, in moralischen ebenso wie in politischen Fragen allein ihren persönlichen Überzeugungen zu folgen (Geser 2001).

Will man die Freiwilligenarbeit und insbesondere das Ehrenamt stärken, muss man ihnen mehr Freiräume schaffen und mehr Kompetenzen übertragen. Die Rolle des Staates (in der Stadt Bern vertreten durch die BSS) soll sich dabei auf die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen und auf die Koordination der Angebote untereinander begrenzen.

Mit dem eingeschlagenen Weg der Reorganisation bewirkt die BSS aber genau das Gegenteil: Es findet eine Verprofessionalisierung der Vereinsarbeit statt. Die Mitwirkungsrechte der Vereine werden eingeschränkt, die Basisdemokratie wird durch zentrale Steuerung ersetzt. Was bisher freiwillig, unbezahlt geleistet oder durch Spendengelder finanziert wurde, wird ersetzt durch städtische Mitarbeitende oder Mitarbeitende, welche dem städtischen Personalreglement unterstellt sind. Das Versprechen seitens BSS, dass der „notwendige Professionalisierungsschritt“ schlussendlich „kostenneutral“ sei, ist daher wenig glaubwürdig.

Aus „ehrenamtlicher Tätigkeit“ will die BSS ein so genannt „modernes Freiwilligenmanagement“ machen. „Freiwilligkeit“ ist unter diesen Prämissen nur noch eine Konzession an die alte Struktur. Die BSS möchte Profis engagieren, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und damit ihren Einfluss vergrössern. Die Informationsveranstaltung für die Stadträte vom 5.11.2009 liess darüber keine Zweifel offen.

¹ Quelle: Prof. Dr. Geser Hans: Zur Krise des Helfens in der individualisierten Gesellschaft. In: Sociology in Switzerland: Sociology of Health and Social Welfare. Zürich 2001

Unter dem Deckmantel der „Organisationsentwicklung“ werden hochkomplexe Strukturen aufgebaut, und Prozesse verakademisiert. Wir sind der Meinung, das ist der falsche Weg und wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ einen Marschhalt einzulegen.
2. Zuerst die effektiven Bedürfnisse in den Quartieren abzuklären.
3. Eine politische Diskussion darüber zu führen, welche Bedürfnisse abgedeckt werden sollen.
4. Für die Befriedigung dieser Bedürfnisse Leistungsverträge auszuschreiben. Ausnahmen von diesem Vorgehen sind nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.
5. Die Leistungsverträge direkt mit dem/der leistungserbringenden Verein/Trägerschaft abzuschliessen und periodisch zu überprüfen resp. neu auszuschreiben.
6. Nur dort staatliche Leistungen zu erbringen, wo die private Initiative nachweislich zu kurz greift.
7. Auch diese staatlichen Leistungen periodisch zu überprüfen.

Bern, 14. Januar 2010

Interfraktionelles Postulat FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP); Kathrin Bertschy, Tanja Sollberger, Jan Flückiger, Bernhard Eicher, Dannie Jost, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Claude Grosjean, Peter Künzler, Tania Espinoza, Susanne Elsener, Barbara Streit-Stettler, Manuel C. Widmer, Vania Kohli, Vinzenz Bartlome, Claudia Meier, Kurt Hirsbrunner, Thomas Begert, Béatrice Wertli, Henri Charles Beuchat

Bericht des Gemeinderats

Der als Postulat überwiesene Punkt 5 des Vorstosses schlägt vor, Leistungsverträge direkt mit dem/der leistungserbringenden Verein/Trägerschaft abzuschliessen und periodisch zu überprüfen resp. neu auszuschreiben.

Es scheint dem Gemeinderat sinnvoll, Punkt 5 des Vorstosses im Kontext mit den übrigen Forderungen des Vorstosses zu betrachten und nicht isoliert im Voraus zu beantworten. Zudem befindet sich die Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration (ASIV) bis Ende März 2011 in Konsultation. Die Konsequenzen der Neuerungen in der ASIV sind insbesondere im Bereich der Soziokultur noch nicht absehbar, können aber in Bezug auf die Ausschreibung der Leistungen von Bedeutung sein.

Aus diesen Gründen beantragt der Gemeinderat, die Frist für den Prüfungsbericht zu Punkt 5 des Vorstosses bis am 18. März 2012 zu verlängern (was der Frist für die Einreichung des Begründungsberichts zu den erheblich erklärten Punkten der Motion entspricht, der der Charakter einer Richtlinie zukommt). Zu diesem Zeitpunkt wird der Gemeinderat eine Gesamtschau vorlegen, wie eine zielführende Ausschreibung im Bereich Soziokultur und Gemeinwesenarbeit gestaltet werden kann.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP) vom 14. Januar 2010: Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ!; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Verlängerung der Frist für die Einreichung des Prüfungsberichts bis 18. März 2012 zu.

Bern, 16. März 2011

Der Gemeinderat